



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

Karlsruhe, den 26. Oktober 2013

CDU-Juristen zu den Vorgängen um die mögliche Überwachung der Kommunikation der Bundeskanzlerin durch amerikanische Dienste: „Der Datenschutz muss in den Koalitionsverhandlungen in Berlin eine wichtige Rolle spielen!“

Der neu gewählte Vorstand des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen, LACDJ, hat sich im Rahmen seiner Landestagung am 26. Oktober 2013 in Karlsruhe-Durlach aus aktuellem Anlass mit den rechtlichen Herausforderungen befasst, die sich aus der möglichen Überwachung des Mobiltelefons der Bundeskanzlerin durch amerikanische Dienste ergeben.

„Dass derartige Praktiken, sollten sie sich bewahrheiten, in keiner Weise akzeptabel sind, ist klar“, so der neu gewählte Landesvorsitzende Dr. Alexander Ganter. In jedem Fall müsse es für die Zukunft eine eindeutige Grundlage für Inhalt und Grenzen der Aktivitäten der Dienste geben.

Die Vorgänge um die Aktivitäten der NSA und anderer Dienste zeigen aber auch: Wir brauchen in Deutschland und in Europa eine neue Architektur für das IT-Sicherheits- und Datenschutzrecht. Denn bei aller Begrenzung der Möglichkeiten, die wir als einzelnes Land und selbst im Rahmen der Europäischen Union haben, sollten wir doch jedenfalls die Dinge angehen, die wir hier regeln können. Klar ist: Überwachung und Zugriff sind möglich und werden dies allen Bemühungen der Sicherheitstechnik zum Trotz nach aller Erfahrung auch künftig bleiben.

Klar ist aber auch: Eine Kapitulation des Rechts vor den Möglichkeiten der Kommunikationstechnik kann es nicht geben. Es müssen Wege gefunden werden, persönliche Kommunikationsdaten besser zu schützen. Dabei gilt: "Datenweitergabe und -verarbeitung macht nicht an Landesgrenzen Halt. Deshalb ist es notwendig, den Blick nach Europa zu richten. Wir brauchen einen europaweiten Datenschutzstandard, der für alle Mitgliedstaaten und deren Unternehmen gilt."

Die CDU-Juristen begrüßen, dass das die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung nunmehr rasch verabschiedet werden soll. Es handelt sich dabei immerhin um die erste grundlegende Novellierung des Datenschutzrechts seit 1995. Dass hier nun unter dem Druck der aktuellen Ereignisse die Dinge deutlich schneller in Bewegung kommen, als dies in Brüssel sonst leider oft der Fall ist, sei immerhin erfreulich.

„Ob sich die darin enthaltenen Ansätze, wie das Recht auf Löschung eigener gespeicherter Daten etwa gegenüber Unternehmen wie Google oder Facebook oder zu den deutlich verschärften Anforderungen an die Erhebung der Einwilligung des Nutzers in die Speicherung seiner Daten, in allen Fällen als uneingeschränkt praxistauglich erweisen, wird man sehen müssen. Wichtig ist, dass in der Sache nun schnell etwas passiert,“ so Dr. Ganter abschließend.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.